

Wie unaufhaltsam ist der Hunger des Flächenfraßes?

Zersiedlung, Flächenfraß und das geplante Industriegebiet Heuberg



Czilwa, F. (2025) *Eine erste Projektskizze für ein interkommunales Gewerbegebiet Heuberg auf den Gemarkungen von Böttingen, Bubsheim und Gosheim. Rechts oben der Kreisverkehr am „Heuberger Kreuz“. Die genaue Größe und Ausgestaltung wird aber erst in der weiteren Planungs- und Genehmigungsprozess ergeben* [Foto].

Schwäbische. <https://www.schwaebische.de/regional/tuttlingen/gosheim/mitten-in-unberuehrter-natur-riesen-gewerbegebiet-trotz-bauchschmerzen-3803766>

Roselina Bertsche

Klasse TG 12/2

Ferdinand-von -Steinbeis Schule

Tuttlingen

Inhaltsverzeichnis

1_Eingangsgedanken.....	3
2_Zersiedlung	3
3_Flächenfraß.....	4
3.1_Initiative „Ländle leben lassen“	4
4_Grundsituation Industriepark Heuberg.....	7
4.1_Diskussion	8
4.2_Sinnfrage	12
5_Fazit	13
6_Quellen.....	14

1_Eingangsgedanken

Mitten auf einer grünen Wiese, weit und breit nichts und niemand, ein traumhafter Blick auf die Alpen. Die Lärchen singen, der Milan zieht seine Runden und Grillen zirpen. Welch ein herrlicher Ort. Doch in diesem kleinen Paradies soll ein Industriepark entstehen. Sofort zerbricht in mir eine Welt. Wie ist es möglich einen so schönen Flecken Land mit einem Gewerbegebiet zu zerstören wollen? Diese Frage beschäftigte mich sehr, weshalb ich mich dazu entschlossen habe, dies näher zu untersuchen. Ich werde mir das Problem Zersiedlung und Flächenfraß unter die Lupe nehmen. Danach stelle ich die Initiative „Ländle leben lassen“ vor, die sich in Baden-Württemberg gegen Flächenfraß einsetzt. Des Weiteren gehe ich noch auf das Bauvorhaben ein, wozu ich jede Menge Argumente gegen diese Pläne näher beleuchten werde. Wie auch die Initiative, bin ich gegen solche Bausünden. In dieser Arbeit möchte ich der Frage, ob der Flächenfraß einen unaufhaltsamen Hunger in Deutschland hat, auf den Grund gehen.

2_Zersiedlung

Unter Zersiedlung versteht man die Ausbreitung von Siedlungen oder ähnlichem in unbebauten oder landwirtschaftlich genutzten Gebieten. Ein weiterer Effekt der Zersiedlung ist eine geringe Nutzungsdichte. So sind Wohn- und Gewerbegebiete locker bebaut und es gibt ungenutzte Flächenⁱ¹, die durch Missplanung entstanden sind. Folgen hierbei sind höhere Infrastrukturkosten wie¹ z. B. ein langes Strom- und Wasserleitungsnetz bei weniger Abnehmer, die den Bau und die Instandhaltungskosten tragen. Die Ressourceneffizienz sinkt¹, sowohl durch höheren Materialverbrauch als auch durch größeren Flächenbedarf. Aufgrund des Verschwindens der Böden, wird die Umwelt belastet¹. Flächen werden versiegeltⁱⁱ², wodurch Wasser weder verdunsten noch versickern kann. Es muss abfließen. Das Hochwasserrisiko steigt. Außerdem fehlen der Landwirtschaft Flächen, die zur Lebensmittelerzeugung benötigt werden. Wird Wald gerodet, fehlen diese Flächen der Forstwirtschaft². Durch die Zersiedlung verlagern sich die Naherholungsgebiete weiter weg. Daraus folgen weitere Wege. Doch nicht nur zu den Erholungsgebieten, sondern auch zur Arbeit verlängert sich die Pendlerstreckeⁱⁱⁱ³. Ein größeres Verkehrsaufkommen entsteht, das dem Klima bekanntlich schadet.

3_Flächenfraß

Zersiedlung geht meist mit Flächenfraß einher. Flächenfraß ist die „Flächeninanspruchnahme für Bauzwecke“³. Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen breiten sich in land- und forstwirtschaftlichen Flächen und sogar in Biotopen aus³. Ein gravierender Einschnitt in „Naturräume und Habitate, also Lebensräume bestimmter Pflanzen- und Tierarten“^{iv4}. So wird z.B. die Wildwanderoute zerschnitten, Krötenwanderwege werden von Straßen gekreuzt und weitere Tiere können sich nicht ungehindert austauschen. In Extremfällen würden viele unabhängig voneinander getrennte Lebensräume entstehen. Inzucht und ein Ungleichgewicht der Symbiose und Kooperation zwischen Tieren und Pflanzen würde daraus folgen. Destatis hat die gesamte Bodennutzung Deutschlands für Siedlungen und Verkehr mit 50988km², das entspricht 14,3%, ermittelt^{v5}. Laut Bundesumweltministerium werden täglich insgesamt 51 ha verzehrt. Davon gehen 35 ha an Wohnungen, Gewerbe und Industrie. Der Bund hatte sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, im Jahr 2030 nur noch 30 ha und bis zum Jahr 2050 keine neuen Flächen zu verbrauchen^{vi6}. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist fraglich, da wir in vier Jahren nur noch etwas mehr als die Hälfte unseres jetzigen Konsums konsumieren dürfen. Wenn bis 2050 schon alles zugebaut ist, kann der Flächenverbrauch dann allerdings locker bei Null liegen, was aber bestimmt nicht Sinn und Zweck der Sache sein soll.

3.1_Initiative „Ländle leben lassen“

Die Initiative „Ländle leben lassen“ erkannte dieses Problem des Flächenfraßes und setzt sich in Baden-Württemberg dagegen ein. Die Initiative besteht aus über „20 Umwelt-, Naturschutz- und [Landwirtschaftsverbänden]“³. Als ein Argument führen sie vor allem den Flächenfraß als Umweltproblem an. Für „[versiegelte] Flächen gehen Böden für die Lebensmittelproduktion, Landschaften, seltene Lebensräume und Biotop unwiderruflich verloren“³. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Lebensmittelproduktion³. Für die wachsende Bevölkerung benötigt man mehr Essen. Wird allerdings Fläche der Produktion entzogen, entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis zu anderen Ländern, die uns Lebensmittel exportieren können. Somit wird nicht nur die Umwelt, Natur und unsere Lebensqualität, sondern auch unsere Existenzgrundlage bedroht. In Baden-Württemberg werden 5-6 ha täglich ruiniert³. Eine andere aussagekräftige These der Initiative lautet: „In Baden-Württemberg

haben die letzten beiden Generationen so viel Natur und Landschaft verändert, wie 80 Generationen zuvor.“³.

Die Initiative fordert eine „Reduzierung [des Flächenbedarfs] auf zunächst 2,5 Hektar pro Tag und bis 2035 die Netto-Null [zu] garantieren“³, sowie, um Fläche so effizient wie möglich zu nutzen, eine „Einführung von höheren Mindestbaudichten“. Dadurch gibt es weniger unbebaute Flächen. Meist wird Industriegebiet in einem fruchtbaren oder geographisch schönen Gebiet gebaut³, das z.B. flach ist. Dies ist ebenfalls für Landwirte begehrtes Land, deshalb sollte „fruchtbarer Boden“³ besser geschützt werden. Damit keine neuen Flächen für Solarparks geopfert werden müssen, schlägt die Initiative vor, den Ausbau auf schon versiegelten Flächen zu unterstützen³.

Mit diesen Forderungen stellten sie einen Volksantrag, für diesen die Initiatoren mindestens 40.000 Unterschriften brauchten. Es kamen weit mehr als benötigt zusammen. Danach fand eine Anhörung im Landtag statt. Bedauerlicherweise lehnte der Landtag den Antrag ab. Er stimmte lediglich einem Entschließungsantrag zu³. Dieser spiegelt zwar die Meinung des Landtags wieder, ist rechtlich allerdings nicht bindend. Ein Entschließungsantrag bezieht sich immer auf eine Initiative^{vii7}. Der Landtag erkennt an, dass Fläche eine begrenzte Ressource ist und folglich sorgsam behandelt werden muss. Des Weiteren bestätigten die Abgeordneten den Verbrauch „bislang unbebauter Flächen für Siedlungen und Verkehr weiter zu reduzieren“^{viii8}. Also hatte der Landtag keine Motivation irgendetwas Großartiges gegen den Flächenfraß zu unternehmen.

Sieht man sich die von der Initiative erörterten Folgen des Flächenfraßes an, so versteht man das Desinteresse des Landtages nicht. In Flora und Fauna werden, durch die immer kleiner werdende Fläche, die Wanderwegen zwischen verschiedenen Gebieten auf gewohnter Weise behindert. Es wird ein Biotopverbund benötigt, der es Arten ermöglicht, von einem Biotop in das Nächste zu wandern³. Sonst werden „Lebensräume durch Bebauung immer weiter eingeengt, zerschnitten und zerstört“³. Neu angelegte Ausgleichsflächen benötigen Jahrzehnte „bis sie eine ökologische Funktion“³ zufriedenstellend erfüllen können. Damit ist eindeutig erkennbar, dass die „Artenvielfalt unter Druck“³ steht. Unterstützt wird dies zusätzlich durch erschwerten genetischen Austausch, da Tiere nicht ungehindert wandern können³.

Weitere Folgen für die Menschheit sind unter anderem, dass die „natürlichen Grundlagen für die Nahrungsmittelproduktion [eingeschränkt werden] und somit auch ein Entzug der Existenzgrundlage der bäuerlichen Familienbetriebe“³ stattfindet. Vor allem kleinere Betriebe leiden unter Leistungsdruck gegenüber den großen Betrieben. Werden den kleinen Betrieben Flächen entzogen, steht ihnen weniger Produktionsfläche zur Verfügung und die Futtergewinnung reduziert sich. Es können weniger Tiere ernährt werden. Jedoch auch für große Betriebe bedeutet der Entzug von Grund und Boden einen Verlust von Produktionsfläche. Doch nicht nur die Enteignung von Feld, sondern auch die Umwandlung von Grund und Boden zu Ausgleichsfläche³, bedeuten einen Verlust. Gegen diese Enteignungen können sich landwirtschaftliche Betriebe oft nicht erfolgreich wehren. Einspruch kann zwar eingelegt werden, wird aber in der Regel meist abgelehnt. Die Eigentümer des Landes werden oft nicht nach der Meinung gefragt und wenn sie nach der Meinung gefragt werden, zählt diese oft nicht viel.

Auch die Erhaltung der „Kulturlandschaft sichert eine hohe Lebensqualität“³. Menschen fühlen sich in einer heimischen und natürlichen Landschaft eher wohl als in einer verschandelten Natur. Dort kann man sich besser entspannen und mal was anderes sehen oder machen. Die Psyche kann sich in der Natur und an der frischen Luft besser erholen. Menschen wären dadurch gesünder. Der „Freizeit- und Erholungswert ist für naturnahe Erholungsformen, in einer zersiedelten Landschaft geringer als in einer gewachsenen Kulturlandschaft mit kompakten Siedlungen“³, argumentiert die Initiative. Damit verbunden sind auch längere Anfahrtswege, da die „Entfernung vom Zentrum zum Ortsrand größer und damit auch die Entfernung zu Naherholungsgebieten“³ größer werden. Zusammenfassend findet die Gruppe, dass „Klimaschutz und Ernährungssicherheit durch eine nachhaltige heimische Agrarstruktur [...] überragend wichtige Gemeinwohlinteressen“³ seien.

Ein weiteres Argument ist der Bau im Zusammenhang mit Treibhausgasen. So sei der „Gebäudesektor [...] für rund 40% aller Treibhausgasemissionen verantwortlich“³. Dabei ist der „vorher im Bodengebundene Kohlenstoff noch nicht eingerechnet“³. Ein „Hektar Grünland speichert rund 180 Tonnen Kohlenstoff“³. Dadurch steigt der Anteil weiter an. Hinzu setzt Wald bei der Abholzung auch nochmals CO₂ frei. Dadurch wird der Klimawandel weiter befeuert. Extremwetterereignisse wie Starkregen häufen sich. Versiegelte Flächen haben eine „geringere Aufnahme- und Speicherfähigkeit für

Wasser“³. Durch dieses Defizit muss Oberflächenwasser abfließen. Ist die Kanalisation voll, muss das Wasser über die Straßen abfließen. Daraus folgt, dass Keller volllaufen, und Straßen sich in Bäche verwandeln. Dies erfreut weder Versicherungen noch Anwohner. Ein weiterer Effekt ist, dass „Siedlungen [weniger verdunsten]“³. Daraus folgt, dass sich „Siedlungen aufheizen und damit Hitzeextreme verstärken“³. Viele Menschen belastet diese Hitze, woran einige auch sterben. Dahingegen „wirken unbebaute Flächen durch die bessere Verdunstung und Luftzirkulation kühlend auf ihre Umgebung und puffern Wetterextreme besser ab“³. Und das ist doch eigentlich, was man in Zeiten des Klimawandels am aller nötigsten braucht.

Die Initiative argumentiert hervorragend mit wichtigen Thesen, die uns alle was angehen. Dass der Landtag so ein wichtiges Thema einfach von der Hand weist, bedeutet wenig Interesse und kann als schwache Leistung angesehen werden, obwohl sogar die Grünen in der Regierung sitzen.

Mit diesen Gedanken möchte ich nun auf das lokale Thema, das Industriegebiet am Heuberger Kreuz übergehen. Zuerst erläutere ich die Grundsituation und das Grundproblem. Im Anschluss diskutiere ich die Vorteile, die in der Unterzahl liegen, und die Nachteile. Zum Schluss hinterfrage ich das Vorhaben kritisch.

4_Grundsituation Industriepark Heuberg

Die Heuberggemeinden träumen von einem interkommunalen Gewerbegebiet. Sie ließen von der Kommunalentwicklungsgesellschaft eine Standortsuche und eine Potential- und Machbarkeitsstudie erstellen. Das Resultat daraus ergab 2 Standorte. Einer sollte in Renquishausen mit ca. 20-25 ha und der Zweite am Heuberger Kreuz mit 45 ha liegen. In Renquishausen sollen sich Medizintechnik Firmen und am Heuberger Kreuz Industrie, verarbeitendes Gewerbe und Handwerk ansiedeln. Hauptinitiator ist der Zweckverband Heuberg^{ix9}, auch Wirtschaftsverband Heuberg.

Er wurde 2021 mit 13 Gemeinden und 60 Unternehmen gegründet. Zusammen möchten sie sich unter anderem für eine „stabile medizinische Infrastruktur“ und besseres Marketing der Heubergprodukte starkmachen. „Die Zukunftsfähigkeit des Heubergs ist unmittelbar mit einer sehr guten digitalen Infrastruktur [sowie mit ‚[moderner] Bildungs- und Ausbildungsangebote‘] verbunden“. Des Weiteren versuchen sie „regionale Lebens- und Freizeitqualität [...] [zu] steigern“^{x10}.

Für das Gewerbegebiet am Heuberger Kreuz haben die Gemeinderäte von den Gemeinden Böttingen, Bubsheim und Gosheim, deren Flächen betroffen sind, bereits zugestimmt. Als Ziele benennen die Initiatoren den räumlichen Entwicklungsbedarf der heimischen Wirtschaft für die nächsten 25-30 Jahren decken zu können. Falls irgendwann nach Gewerbegebiet gesucht werde oder dem „Expansionsbedarf heimischer Firmen“⁹ gerecht werden zu können, könne Platz angeboten werden. Außerdem sei es sinnvoller einen Standort zu haben, als 13 Standorte. Durch den Verband erhoffe man sich mehr Macht auf Landes- und Bundesebene. Die einzelnen Gemeinden, die die Fläche bereitstellen, können nicht genug Ökopunkte und Ausgleichsflächen zur Verfügung stellen. Hier ist es anderen Gemeinden möglich, auszuweichen. Die ersten Erschließungen sollen in 7-10 Jahren stattfinden. Da alle Gemeinden beteiligt sind, soll die Gewerbesteuer untereinander aufgeteilt werden, wo allerdings schon Konfliktpunkte angedeutet werden⁹.

Nun entschloss sich die Gemeinde Renquishausen einen Volksentscheid zu veranstalten, weil das Vorhaben die Bevölkerung direkt betrifft. Dadurch erhofften sie sich eine Zustimmung, doch das Volk entschied sich mit 54% dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 72%^{xi11}, was für einen Bürgerentscheid recht hoch ist. Dies spiegelt das große Interesse des Volkes wieder, keinen Industriepark zu bauen. Der „Bürgerentscheid in Renquishausen, der vor allem wegen der befürchteten Belastung der Gemeinde durch Verkehr und Emissionen eine Ablehnung erbracht hat“^{xii12}, steht nun vielen Initiatoren im Weg, doch jetzt ist er da und kann nicht ignoriert werden. Es würde naheliegen, das Gebiet von Renquishausen ans Heuberger Kreuz zu verlegen. Da könnte man noch Fläche beschaffen. Doch nicht alle werden davon begeistert sein.

Würde man in Böttingen auch einen Bürgerentscheid zulassen, so wäre eine Ablehnung, ähnlich wie in Renquishausen naheliegend. Ich unterstütze dieses Vorhaben ebenfalls nicht, weswegen ich anschließend dagegen argumentieren werde. Davor nenne ich noch ein Proargument.

4.1_Diskussion

Landwirtschaftliche Flächen sind auf dem Heuberg billig. Dadurch ist der Baugrund nicht so teuer als in der Stadt. Unternehmen müssten nicht so viel für den Erwerb eines Bauplatzes ausgeben. Einen Quadratmeter Wiese wird mit maximal 75 Cent verkauft und Wald in der Regel mit 50 Cent plus Bestockung. Im Vergleich dazu sind

die Preise in Böblingen im Industriegebiet $160 \frac{\text{€}}{\text{m}^2}$ aufwärts viel höher. Zu berücksichtigen gilt hierbei, dass diese Fläche bereits erschlossen ist. Ein erschlossener Bauplatz in Böttingen liegt bei $45 \frac{\text{€}}{\text{m}^2}$ im Industriegebiet^{xiii13}. Ein deutlicher Unterschied.

Ein starkes Argument gegen das Industriegebiet, ist das Erholungsgebiet. Weit weg von einer großen Straße wird die ruhige Umgebung sehr geschätzt. Deshalb ist die Region der 10 Tausender, der Heuberg, ein beliebtes Wandergebiet. Hier lässt sich die Natur sehr gut genießen. Es gibt Wiesen und Wälder so weit das Auge reicht. Wer lieber in die Luft möchte, kann hang gliding oder segelfliegen. Ein wirklich liebenswerter Sport. Allerdings liegt die Vorschrift vor, dass ein solcher Platz nur dann betrieben werden kann, wenn ausreichend große Sicherheitsabstände zu „Straßen, Schienenwege, Wasserstraßen, Freileitungen sowie anderen Hindernissen“ eingehalten werden können^{xiv14}. Wahrscheinlich war dieser Ort, als die Arbeitsgemeinschaft der Segelflieger gegründet wurde, ideal. Es gibt keine großen Strommasten, die nächste Straße ist eine kleine wenig befahrene und für Start sowie Landung muss nicht über bebautes Gebiet geflogen werden. Würde ein Baugebiet entstehen, so müssten die Flieger über das Industriegebiet fliegen, um starten oder landen zu können. Dies würde eine erhöhte Gefahr für Betriebe bedeuten, weil Flieger immer mal wieder notlanden müssen und es bedauerlicherweise schon mehrere tödlich verunglückte Piloten gibt. Befänden sich Gebäude oder Menschen in diesem Gefahrenbereich, so wären sie einem höheren Sicherheitsrisiko ausgesetzt.

Wechseln wir das Thema vom Erholungsgebiet zum Naturschutz. Das betroffene Gebiet liegt in weitestgehend unberührter Natur, welches gnadenlos zerschnitten wird. Der Lebensraum von Wild und Vögeln wird zerstört. Rehe können nicht mehr in der abgelegenen Wiese grasen und wandern, und der Rotmilan muss sich bei einer Obdachlosenhilfe melden. Der Lärchengesang wird durch Maschinengeräusche ersetzt und die Familie Wachtel, als sensiblen Bodenbrüter, muss der Planierdraupe weichen. Diese schlägt zwar auch, aber nicht 8 mal 8. Der gesamte Heuberg ist Vogelschutzgebiet, was bei dieser Vielfalt auch selbstverständlich ist.

Vogelschutzgebiete sowie FFH-Wiesen gehören zu der EU-Richtlinie Natura 2000. Mit diesen seit 1979^{xv15} eingeführten Vorschrift müssen sich die Mitgliedsstaaten für „bedrohte Arten und Lebensraumtypen“^{xvi16} einsetzen, sowie die „Bewahrung als auch Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der natürlichen

Lebensräume und der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten“¹⁶. Somit darf das „natürliche Verbreitungsgebiet“¹⁶ nicht abnehmen. „Nach Art.6 Abs.3 der FFH-Richtlinie ist eine Prüfung der Verträglichkeit im Falle von Plänen und Projekten vorgesehen, wenn diese einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten ein FFH- oder Vogelschutzgebiet erheblich beeinträchtigen können“¹⁶. Das Baugebiet würde im Konflikt mit FFH-Wiesen und Vogelschutzgebiet stehen. Laut dieser Verordnung muss das Vorgehen überprüft werden und festgestellt werden, dass das 45 Hektar große Gewerbegebiet keinen Einfluss auf das Natura 2000 Projekt hat, was schwierig werden will, weil ja zusätzlich das „Verschlechterungsverbot (Art, 6(2) FFH-Richtlinie)“¹⁶ gilt. Baufläche zu erzeugen ist aus Naturschutzsicht eine deutliche Verschlechterung.

Für die Umsetzung müssten 25 Hektar Wald gerodet werden^{xvii17}. „Ein Hektar Wald speichert 108 Tonnen Kohlenstoff“^{xviii18}. Nicht nur der Wald, sondern auch Wiesen speichern Kohlenstoff, wie ich unter der Rubrik Ländle leben lassen erwähnt habe. Wird dieser frei oxidiert er zu CO₂³, einem bekannten Treibhausgas, mit dem wir unseren Klimawandel kräftig vorantreiben.

Sieht man sich die Infrastruktur an, so stellt man fest, dass diese nicht ausreichend für solch' ein riesiges Industriegebiet ist. Durch die geringe Besiedlung müsste die Infrastruktur deutlich ausgebaut werden. Weit und breit sind hier oben keine Hochspannungsleitungen. Für stromintensive Industrie wird die Strombeschaffung also schwierig. Ähnlich verhält es sich mit Wasser. Es müssten neue Rohre verlegt werden, die den steigenden Bedarf decken können. Die Hohenberggruppe, die für die Wasserversorgung zuständig ist, bezieht aus mehreren Brunnen und Quellen Grundwasser. Hinzu kommt, dass uns die Versorgung aus der Hauptquelle am Heuberg, dem Hammer, schon jetzt nicht ausreicht und Bodenseewasser zugekauft werden muss^{xix19xx20}.

Ein weiterer Faktor, der die Infrastrukturkosten steigen lässt, ist der fehlende Mobilfunkempfang¹⁰. Ohne ihn kann kein Gewerbegebiet entstehen, denn die Betriebe brauchen Empfang, um geschäftlich richtig arbeiten zu können.

Die Verkehrsinfrastruktur ist genauso miserabel. Die nächste Autobahn liegt 20 Kilometer weit entfernt. Viele Arbeiter müssten mit dem Auto herpendeln, denn der ÖPNV ist nicht sehr gut ausgebaut. Einen Zuganschluss gibt es sowieso nicht.

Dadurch steigt der Pendelverkehr deutlich. Die Umwelt und die Straßen werden belastet. Um auf den Heuberg zu gelangen, führt der nächste Weg über die Gosheimer Steige. 18% beträgt die Steigung und ist für Gefahrguttransporte sowieso gesperrt. Das Erklimmen ist für geladene LKWs ein großer Kraftakt. Damit bei Berufsverkehr keinen Stau entsteht, müsste eine kleine Straße ausgebaut werden und die Steige auf 3 Spuren erweitert werden. Dies könnte allerdings das Hangrutschrisiko des ohnehin bereits angeschlagenen Hangs vergrößern. Innerhalb kurzer Zeit ereigneten sich in den letzten beiden Jahren starke Hangrutsche. Einer davon am 18. Januar letzten Jahres. Gutachter meinten „starker und andauernder Regen sowie Frost- und Tauwechsel in den vergangenen Wochen führte zur massiven Materialablösungen“^{xxi21}. Anfang dieses Jahres ereignete sich nochmals ein großer Hangrutsch. Die Kreisstraße musste von Ende Januar bis Mitte Mai gesperrt werden¹². Es mussten für fast 1 Mio. Euro Hangsicherungsmaßnahmen gemacht werden^{xxii22}. Also ist dieser Weg eine Herausforderung. Es gäbe noch die Wehinger Steige, die ist allerdings auch nicht mehr die Beste. Im Winter ist das Erreichen des Heubergs öfters mit Schneechaos verbunden. Es ist in dieser Jahreszeit völlig normal, wenn Lastwagen und Busse stecken bleiben. Arbeiter kommen schlecht zum Arbeitsplatz und zurück. Die winterliche Verkehrssituation ist nicht sehr berauschend.

Ebenso wenig erfreulich ist Bauen. Die Erschließungskosten steigern sich, wie oben genannt, durch den Bau von neuer Strom- und Wasserversorgung und einem Handymasten. Der eigentliche Bau wird durch intensive Erdarbeiten, bei denen Felsen gesprengt oder abgebohrt werden müssten, teurer. Oft liegen die Felsen wenige Zentimeter unter dem Humus. Beim Ackern im Acker wird dies schnell ersichtlich oder in einigen Wiesen fährt man mit dem Mähwerk an einen nackten Felsen. Zusätzlich müssen spezielle Vorkehrungen für Erdbeben eingebaut werden, denn unsere Region liegt im Erdbebengebiet. In regelmäßigen Abständen ist der Zollerngraben aktiv und erschüttert unsere Platte. Eventuell müsste eine teurere Versicherung für das Gebäude abgeschlossen werden. Wegen des rauen Klimas müssten extra Dämm- und Heizkosten miteinkalkuliert werden. An dem Ort, wo das Gewerbegebiet entstehen soll, ist ein besonders windiger Platz. Vor ca. 8 Jahren blies der Wind eine 4 Meter hohe Schneewehe hin. Da hätte es den Betrieben ordentlich eine gepustet.

Wie der ganze Heuberg, ist auch dieses Gebiet Wasserschutzgebiet der Lippachquelle^{xxiii23}. In der hier betroffenen Zone 3²³ gelten besondere Regeln fürs Bauen und Nutzen der Flächen. Für den Bau dürfen keine Maschinen oder Fahrzeuge Öl oder Treibstoff verlieren und sollten, wenn möglich auf befestigten Flächen abgestellt werden. Öl und Treibstoff müssen überdacht und in einer Wanne gelagert werden. Für den Fall, dass doch was ausläuft, müsste Ölbinder bereitstehen. Bautoiletten müssen dicht sein. Darüber hinaus können örtliche besondere Vorschriften gelten. Beim Bau von Abwasserrohren müssen Verleget-Richtlinien eingehalten werden und Dichtheitsprüfungen gemacht werden. Es darf also nichts versickern, was während oder nach dem Bau verwendet wird oder entsteht. Straßen, Stellplätze und Parkplätze müssen Flüssigkeitsdicht gebaut werden. Generell dürfen keine Baureststoffe oder Bauschutt verbaut werden. In der eigentlichen Nutzung ist es unter Auflagen erlaubt, mit wassergefährdenden Stoffen zu arbeiten^{xxiv24}. Diese Vorschriften erschweren das Bauen und erfordern höhere Baukosten. Passiert etwas Gravierendes, könnte das Grundwasser in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zum Schluss ein Argument, das auf die Zersiedlung abzielt. Mit dem neuen Industriegebiet würde eine neue Ortschaft entstehen. Dieses Vorhaben trägt direkt zur Zersiedlung bei. Böttingen ist die nächste Gemeinde und liegt ca. 1,5 km weit weg. Bubsheim ist ungefähr doppelt so weit entfernt²³. Alle anderen Gemeinden sind deutlich weiter weg. Fläche wird weiter verspeist.

4.2_Sinnfrage

Wie sinnvoll ist also dieses neue Gewerbegebiet? Neben hohen Baukosten, Naturschutzgründen und einer neuen Siedlung, stellt sich die Frage, wie es denn um den Wirtschaftsstandort Deutschland steht. Oder ob ein Schlamassel wie im interkommunalen Gewerbegebiet Rißtal bei Biberach entsteht. Aufgrund der „[schlechten wirtschaftlichen] Lage“ trat der Hauptinteressent Liebherr, der „ursprünglich Interesse an zwei Dritteln der Fläche angemeldet hatte und auch deren Erschließung zugesagt“^{xxv25} hatte, von dem Vorhaben zurück. Wird nur erschlossen, die Natur zerschnitten und dann aufgegeben? Und warum hatte der Landtag kein Interesse an der Initiative? Müssen denn immer noch mehr neue Ortschaften entstehen?

5_Fazit

Die Zersiedlung und der Flächenfraß sind akute Bedrohungen für das Klima, die Landschaft und die Artenvielfalt. Lebensraum wird entzogen und Landschaft verschandelt. Durch Versiegelung und Freisetzung von CO₂ wird dem Klimawandel zugespielt und das Kleinklima einer Ortschaft verschlechtert. Außerdem wird Land- und Forstwirten sowie allen Bürgern die Existenzgrundlage entzogen. LaFo-Betriebe steht die Betriebsaufgabe aufgrund Zwangsenteignung bevor und der Lebensmittelherstellung fehlen Anbauflächen. Explizit auf den Heuberg bezogen, leiden Tier- und Vogelwelt sowie die Landschaft. Rare Lebensräume werden zerstört und Wildwanderrouen unterbrochen. Die unberührte Landschaft wird zugebaut. Somit wird es keine Lärchen und Wachteln mehr geben. Der freie Blick auf die Alpen wird nicht mehr möglich sein. Verkehrstechnisch ist die Region schwer erreichbar. Das Hangrutschrisiko an der Gosheimer Steige steigt aufgrund starker Befahrung. Die Bau- und Erschließungskosten sind hoch, weil die Infrastruktur erst erstellt werden muss und für den Bau viele zusätzliche Kosten entstehen.

Doch wie unaufhaltsam ist der Hunger des Flächenfraßes nun? Trotz der Initiative Ländle leben lassen ist die Resonanz des Landtages sehr gering. Zur scheinbaren Zufriedenstellung der Initiatoren stimmten sie einem rechtlich unbedeutenden Entschließungsantrag zu. Die Verantwortlichen des Industrieparks Heuberg lassen sich wenig von dem Bürgerentscheid aus Renquishausen begeistern. Sie machen am Heuberger Kreuz weiter. Eigentlich ist es ein Pyrrhussieg, der Interessenverband hat den Bürgerentscheid verloren und kann deswegen nicht wie geplant weiter machen, aber er macht weiter, trotz der Niederlage. Der Flächenfraß will nicht abgebremst werden, nein er wird aktiv unterstützt. Sie planen kräftig weiter, ohne zu Bedenken, dass die Bevölkerung in Böttingen, der hauptbetroffenen Gemeinde, vielleicht genauso wenig begeistert sein könnten. Sie wollen unbedingt ein neuer Ort. Dies ist ein großes Verbrechen an unserer Natur, unserem Klima und an den demokratischen Gedanken, wenn sich Investoren und Abgeordnete über den Willen der Bevölkerung setzen.

6_Quellen

-
- ⁱ¹ Tobias Krüger, Jochen Jaeger, Martin Behnisch, „Zersiedelung in Deutschland“, Naturschutz und Landschaftsplanung, 29.11.2025, <https://www.nul-online.de/themen/landschafts-und-umweltplanung/article-8040074-201982/zersiedelung-in-deutschland-.html>
- ⁱⁱ² „Fläche als knappe natürliche Ressource“, Umweltbundesamt, 29.11.2025, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/flaeche-als-ressource>
- ⁱⁱⁱ³ Ländle leben lassen, 29.11.2025, <https://www.laendle-leben-lassen.de/>
- ^{iv4} Peter Weingarten, „Landnutzungswandel“, Bundeszentrale für politische Bildung, 29.11.2025, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/laendliche-raeume-343/312717/landnutzungswandel/>
- ^{v5} „Bodenfläche insgesamt nach Nutzungsarten in Deutschland“, DESTATIS Statistisches Bundesamt, 29.11.2025, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Flaechennutzung/Tabellen/bodenflaeche-insgesamt.html>
- ^{vi6} „Flächenverbrauch – Worum geht es?“, BMUKN, 29.11.2025, <https://www.bundesumweltministerium.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs>
- ^{vii7} „Entschließungsantrag“, Bundestag, 29.11.2025, https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/E/entschl_antrag-245394
- ^{viii8} Andreas Schwarz, Manuel Hagel, „Entschließung zu dem Volksantrag ‚Ländle leben lassen – Flächenfraß stoppen‘“, Landtag von Baden-Württemberg, 29.11.2025, https://www.landtag-bw.de/resource/blob/266898/6b6fb53e3ed372933c8f24ca965316b3/17_7170_D.pdf
- ^{ix9} Frank Czilwa, „Mitten in unberührter Natur: Riesen-Gewerbegebiet trotz Bauchschmerzen“, Schwäbische, 29.11.2025, <https://www.schwaebische.de/regional/tuttlingen/gosheim/mitten-in-unberuehrter-natur-riesen-gewerbegebiet-trotz-bauchschmerzen-3803766>
- ^{x10} Wirtschaftsverband Heuberg, 29.11.2025, <https://wirtschaftsverband-heuberg.de/wirtschaftsverband/>
- ^{xi11} Alexander Mattes, Ingeborg Wagner, Frank Czilwa, „Bürgerentscheid endet mit klarem Nein“, Schwäbische, 29.11.2025, <https://www.schwaebische.de/regional/tuttlingen/renquishausen/buergerentscheid-endet-mit-klarem-nein-4014003>
- ^{xii12} Regina Braungart, „Industrie braucht dringend neue Flächen - aber wo?“, Schwäbische, 29.11.2025, <https://www.schwaebische.de/regional/tuttlingen/heuberg/interkommunales-gewerbegebiet-auf-dem-heuberg-worum-geht-es-eigentlich-4121912>
- ^{xiii13} BORIS BW, 29.11.2025, https://www.gutachterausschuesse-bw.de/borisbw/?app=boris_bw_gstb&lang=de
- ^{xiv14} Gote, „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Segelfluggeländen“, Die Bundesregierung, 29.11.2025, https://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_03072019_LF15611657.htm
- ^{xv15} „Natura 2000“, Bundesamt für Naturschutz, 29.11.2025, <https://www.bfn.de/thema/natura-2000>

xvi¹⁶ „EU-Naturschutzrichtlinien und rechtliche Umsetzung“, Bundesamt für Naturschutz, 29.11.2025, <https://www.bfn.de/eu-naturschutzrichtlinien-und-rechtliche-umsetzung>

xvii¹⁷ zentrales, webbasiertes System für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg FIONA, 25.11.2025, <https://fiona.landbw.de/>

xviii¹⁸ „Wald“, Baden-Württemberg Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, 29.11.2025, <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-themen/wald-und-naturerlebnis/unserholz/wir-haben-was-gegen-co2-in-der-atmosphaere#:~:text=Ein%20Hektar%20Wald%20speichert%20unglaubliche,CO2%20Ausstoß%20eines%20Erwachsenen%20auf!>

xix¹⁹ „Mitglieder des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung“, Bodenseewasserversorgung, 29.11.2025, <https://www.bodensee-wasserversorgung.de/unternehmen/verband/mitglieder.html>

xx²⁰ „Trinkwasser“, Zweckverband Wasserversorgung Hohenberggruppe, 29.11.2025, <https://www.hohenberggruppe.de/trinkwasser/>

xxi²¹ „Sperrung der Kreisstraße zwischen Gosheim und Böttingen“, Landkreis Tuttlingen, 29.11.2025, <https://www.landkreis-tuttlingen.de/Aktuelles-und-Informatives/Newsroom/Pressemitteilungen/Sperrung-der-Kreisstraße-zwischen-Gosheim-und-Böttingen.php?object=tx,3878.5.1&ModID=7&FID=3878.1286.1&NavID=2328.32&La=1&kat=2328.4>

xxii²² „Vollsperrung der K5905 in der Gosheimer Steige bleibt bestehen!“, Gosheim, 29.11.2025, https://www.gosheim.de/fileadmin/Dateien/Dateien/Gosheimer_Nachrichten/Gosheim_KW7_2025.pdf

xxiii²³ „Wasserschutzgebiete“, Daten- und Kartendienst der LUBW, 30.11.2025, https://umweltdaten.lubw.baden-wuerttemberg.de/repositories/wasser_wawig,EauUilJeX65gEjngHBq6/workbooks/Wasserschutzgebiete,bdLhFH5EF7M__9Xm6VyN/worksheets/Wasserschutzgebiete,UY2Dc3dqb59Q4vJqWhmF?workbookHash=OnMMJTV3GAmygYJazU0ulUncyUbwuwfCX5vXPP_ZhrB5KV28

xxiv²⁴ „Bauen im Wasserschutzgebiet-Zone III“, Landratsamt Rems-Murr-Kreis – Amt für Umweltschutz, 29.11.2025, https://www.auenwald.de/fileadmin/Dateien/Dateien/Wohnen___Leben/21.014_Auenwald_Bruckwiesen_AnI-6_MB_Bauen_im_WSGII_und_Abwasserableitung.pdf

xxv²⁵ Johannes Riedel, „Liebherr zieht sich von geplantem Industriegebiet bei Biberach zurück“, SWR, 29.11.2025, <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/liebherr-zieht-sich-von-geplantem-industriegebiet-zurueck-100.html>